

## **Populismus und Renationalisierung – Bewährungsprobe für Europa und seine Demokratie**

Sozialethische Gespräche am 14./15. Juni 2018

„Wir brauchen ein Rethinking Europe“ – dies betonte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, beim Europapodium des diesjährigen Katholikentags in Münster. Wie aber ist Europa angesichts von Populismus, Nationalismus und einem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen neu zu denken? Wie kann die europäische Demokratie wieder gestärkt werden? Diese und weitere Fragen rund um die aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union waren Thema der diesjährigen Sozialethischen Gespräche, veranstaltet von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Kooperation mit der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäische Union (COMECE).

Europas angefochtene Demokratie und mögliche Zukunftsperspektiven beschäftigten die im historischen Ratssaal der Stadt Mönchengladbach am 14. und 15. Juni 2018 zusammengekommenen Teilnehmer aus Kirche und Gesellschaft, darunter Wissenschaftler unterschiedlicher Fachdisziplinen.

Das nach der thematischen Einleitung von KSZ-Direktor *Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg* erste Panel der Tagung bestand aus Kurzvorträgen und anschließender Diskussion zur Frage, inwieweit und in welcher Weise Nationalismus und Populismus die Demokratie und die aktuelle Gestalt der Europäischen Union bedrohen.

Den Auftakt machte *Dr. Thomas Petersen* vom Institut für Demoskopie Allensbach mit der Darstellung der politischen Stimmungslage der Bürger in Deutschland. Anhand von Umfragedaten zeigte er auf, wie sich das politische Klima insbesondere seit der Flüchtlingsbewegung verändert hat. Diesbezügliche Ängste und Sorgen schwelen weiter in der Bevölkerung, deren Vertrauen in Politik, Politiker und Parteien stark gesunken sei. Dies mache anfälliger für Populismus, wie die Wahlerfolge der AfD zeigen. Petersen warb indes für Optimismus, denn die Zahlen zeigen auch, dass der Zenit dieses Trends überschritten sei. Das allgemeine Vertrauen in die politischen Institutionen nehme wieder zu, was eine hohe Demokratieverankerung in der Bevölkerung bezeuge. Auch die Skepsis gegenüber der Europäischen Union nehme seit dem Brexit wieder ab.

Der Politikwissenschaftler *Prof. Dr. Klaus Stüwe* problematisierte in seinem Vortrag zunächst den Begriff „Populismus“. Dabei sei die Behauptung einer Verschwörung der Eliten gegen die vermeintlich „wahren Interessen“ des „Volkes“, dessen „wahre Vertreter“ die Populisten seien, obgleich diese meist selbst den Eliten angehören, als allgemeines Grundmuster festzuhalten. Im Populismus als einer Spielart des Nationalismus werden Ausgrenzungen subtiler formuliert als im Rechtsextremismus und dadurch Feindbilder gefestigt. Stüwe sieht drei Gründe für das Erstarken des Populismus in den letzten Jahren: erstens das Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen, die Veränderungsdruck und Angst erzeugen; zweitens der allgemeine Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen und drittens eine falsch verstandene Political Correctness, bei der die an sich zu befürwortende Sensibilität für die Wirkungen der Sprache übersteigert werde. Bezogen

auf Europa sollten Populisten Stütze zufolge weder dämonisiert noch eingebunden werden, vielmehr seien die Erfolge der EU für Frieden, Wohlstand und Bürgerrechte herauszustellen.

*Bernd Hüttemann*, Vizepräsident der Europäischen Bewegung International und Generalsekretär ihrer deutschen Sektion, warb in seinem Vortrag ebenfalls für Optimismus. Die Stärkung der Demokratie sollte ihm zufolge vor allem im Kleinen ansetzen: „Vereinsmeierei“ in den Gremien von Verbänden, Interessengruppen und Kommunen als Ausdruck des gesellschaftlichen Pluralismus versteht er im positiven Sinne als eine Schule der Demokratie, die auch das Verhältnis zur großen Demokratie prägen. Mit Blick auf Osteuropa warnt er davor, von populistisch agierenden Regierungschefs pauschal auf die Einstellungen der Menschen in den dortigen Ländern zu schließen.

Nach der Feier der Heiligen Messe in der Krypta der benachbarten Münsterkirche und einem Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Mönchengladbach, *Hans Wilhelm Reiners*, begann der zweite Tagungstag mit einem Vortrag von Bischof *Dr. Franz-Josef Overbeck*, der auch Vizepräsident der COMECE ist. Bischof Overbeck legte dar, dass die gegenwärtige Situation in Deutschland und Europa nicht mit Weimarer Verhältnissen vergleichbar sei, aus diesen aber Lehren für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie gezogen werden sollten. Populisten – so seine erste Beobachtung – missbrauchen die Institutionen des demokratischen Staats zum Rückbau freiheitlicher Standards und streben nach Stärkung, nicht aber nach Begrenzung von Macht. Deshalb käme es zweitens auf die Gemeinsamkeit der Demokraten an, die partikulare Interessen zurückzustellen hätten. Drittens seien auch sozioökonomische Paritäten wie eine relativ gleichmäßige Verteilung des Wohlstands eine weitere Voraussetzung für die Akzeptanz der Demokratie. Bischof Overbeck schloss seinen Vortrag mit einem Appell an die Christen, Ängste zwar ernst zu nehmen, in Zeiten vielfältiger Unsicherheiten aber Zuversicht zu verbreiten und die Herausforderungen, vor denen Europa steht, anzunehmen.

Wenn der Schuhladenbesitzer angesichts der Konkurrenz durch den Onlinehandel, aber auch aus Angst vor der Globalisierung und der Flüchtlingsbewegung fragt „Was wird aus mir?“, könne dies einen Nährboden für Populismus darstellen, so *Elmar Brok MdEP*. Damit brachte das dienstälteste Mitglied des Europäischen Parlaments pointiert seine Auffassung zum Ausdruck, dass die durch Digitalisierung, Migrations- und Wirtschaftskrisen verursachten Wandlungsprozesse Ängste und Verunsicherungen auslösen, die populistischen Strömungen in die Hände spielen. Dem setzte der Abgeordnete ein Europa entgegen, das nur gemeinsam, als Europäische Union, die Herausforderungen der Gegenwart wie Klimawandel, Fluchtbewegungen, Wirtschafts- und Handelsfragen zu bewältigen vermag. Gerade deshalb hätten seiner Überzeugung nach Russland, China und mittlerweile auch der amerikanische Präsident ein Interesse daran, die Europäische Union zu schwächen und als internationalen Akteur zu zerstören.

Das dritte und letzte Panel der Tagung legte den Fokus insbesondere auf die spezifische Entwicklung der Demokratie in einigen der Transformationsgesellschaften Osteuropas.

*Dr. Melani Barlai* vom Netzwerk Politische Kommunikation Andrassy der Universität Budapest gewährte dabei zunächst einige Einblicke in das politische Leben Ungarns. Dieses sei top down geprägt und das demokratische System ihr zufolge von starken zentrifugalen Kräften beeinflusst. Kritisch sei hierbei insbesondere die Rolle des Regierungschefs Viktor Orbán zu sehen, der seine Kritik an der EU und auch an Deutschland mithilfe einer kollektiv-homogenen Geschichtsschreibung seines Landes zu begründen versucht. Er definiere es unter Rückgriff auf die osmanischen Eroberungen im 16. Jahrhundert zudem als „christliches“ Land in Abgrenzung gegenüber dem Islam. Dies verkenne nach Barlai aber, dass Ungarn auch positive Erfahrungen mit Muslimen, etwa mit den Flüchtlingen aus Bosnien, gemacht habe.

Wenn das gemeinsame Haus Europa eine Heimat sein soll, bedarf es einer neuen politischen Philosophie, legte der tschechische Soziologe *Prof. Dr. Thomáš Halík* in seinem Vortrag dar. Hierbei könne auch aus der katholischen Soziallehre geschöpft werden, deren Profilierung in Auseinandersetzung mit der Moderne in der Enzyklika *Centesimus annus* von Papst Johannes Paul II. ab-

schließende Gestalt angenommen hat. Darauf gründend kann die Kirche in Europa zur Immunität der jeweiligen Gesellschaften gegen Populismus und Extremismus beitragen.

Im Anschluss schilderte *Prof. Dr. Hristo Todorov*, der Philosophie an der Universität Sofia lehrt, den politischen Zustand seines Heimatlandes Bulgarien. Er nannte drei Erkennungsmerkmale des Populismus: einfache Antworten auf komplexe Fragen, falsche Versprechungen und die Kultivierung von Feindbildern. Demgemäß gehöre Populismus zum Mainstream der bulgarischen Politik, die von einer Koalition aus drei nationalistischen sowie teils auch rassistisch und antisemitisch orientierten Parteien dominiert werde. In Sachen Pressefreiheit liege Bulgarien auf Platz 109 von 180 Staaten, die Staatsanwaltschaft habe große Macht und verfolge politisch Andersdenkende, der Staat stehe letztlich im Dienst oligarchischer Kreise. Bulgarien ist demnach ein „captured state“, resümiert Todorov.

Zuletzt lenkte *Gerhard Soyka*, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschlands, den Blick auf die politische Stimmungslage der europäischen Jugend. Diese schätze die durch die EU ermöglichte Mobilität, was aber auch zur Folge habe, dass viele junge Osteuropäer ihre Heimatländer gen Westen verlassen und nicht mehr zurückkehren. Von dem enormen wirtschaftlichen Fortschritt seit dem Fall des Eisernen Vorhangs profitieren nämlich längst nicht alle, wodurch Unzufriedenheit entstehe und populistische Parteien gewählt werden. Soyka gründet seine optimistische Haltung mit Blick auf die Zukunft indes auf eine seit dem Brexit auszumachende deutliche Veränderung: Seither gebe es mehr Eintritte in die Jugendorganisationen der Parteien und Verbände, was von einem gestiegenen politischen Interesse bei jungen Menschen zeuge. Allerdings müssen hierbei Nichtakademiker noch viel stärker erreicht und einbezogen werden.

Auch am Ende dieses Panels bot sich den Tagungsteilnehmern die Möglichkeit, mit den Referenten in eine Diskussion zu treten. Dieses interaktive Format trug nicht nur zur Lebendigkeit des Tagungsverlaufs bei, sondern sicherte zudem die Klärung, Vertiefung oder Erörterung von Fragen, die oft kontrovers bewertet werden.

In seinem Schlusswort würdigte *Stefan Lunte*, Generalsekretär von Justitia et Pax Europa, die Christliche Sozialethik als eine Brücken- und Dialogdisziplin und so auch die internationale und multiperspektivische Herangehensweise an das Thema der diesjährigen Sozialethischen Gespräche. Das Schlüsselwort sei Vertrauen, weshalb die Frage zu diskutieren bleibe, wie das Vertrauen in die Demokratie in Europa wieder zurückgewonnen werden könne.

Die Tagung bezeugte, dass uns Europa mit seinen Problemen nicht loslässt, dass es aber ebenso Lösungsansätze und positive Entwicklungen gibt, die Grund zum Optimismus geben. Die sozialethische Reflexion der populistischen Herausforderungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten muss in jedem Fall in dieser interdisziplinären Offenheit weitergeführt werden.

*Mag. theol. Lars Schäfers / Dr. Wolfgang Kurek*